

Industrie als treibende Kraft der heimischen Wirtschaft

Utl.: Offene Fragen bei Arbeitszeit und Arbeitsmarkt - Irreale Ziele
in der Energie- und Klimaschutzpolitik - Herausforderungen
durch Globalisierung =

Wien (PWK365) - Die Politik hat die zentrale Rolle der Industrie bei der Schaffung von Wohlstand, Beschäftigung und Einkommen in Österreich anerkannt und sie im jüngsten Regierungsprogramm als "treibende Kraft der heimischen Wirtschaft" bezeichnet. "Die Voraussetzungen, dass die Industrie diese Rolle weiterhin spielen kann, sind grundsätzlich gut", unterstrich der Obmann der Bundessparte Industrie, Wolfgang Welser, im Rahmen des traditionellen Industrie-Journalistenseminars in Baden: "Ein Spitzenplatz hinsichtlich Wohlstand, Beschäftigung und Einkommen, aber auch Lebensqualität und sozialer Sicherheit, kann aber nur mit einem Spitzenplatz in der internationalen Konkurrenzfähigkeit und optimalen Rahmenbedingungen verteidigt werden."

Ein wichtiges Element dieser Rahmenbedingungen ist eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, damit Unternehmen kurzfristig auf unterschiedliche Produktionsauslastungen reagieren können. "Die Einigung der Sozialpartner über eine Arbeitszeitgesetz-Novelle, die Ende letzter Woche über die Medien verkündet wurde und nun als Begutachtungsentwurf vorliegt, ist leider nur ein erster Schritt in die richtige Richtung", bedauert Wolfgang Welser: "Betriebe sind weiterhin auf Regelungen auf Basis des Kollektivvertrags angewiesen, und die so wichtige Flexibilisierung auf betrieblicher Ebene fehlt." Positive Punkte der Neuregelung werden durch weitere kostenmäßige Belastungen des Faktors Arbeit wieder aufgehoben.

Handlungsbedarf sieht Wolfgang Welser bei der Öffnung des Arbeitsmarkts gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern: "Die Öffnung für bestimmte, besonders gefragte Gruppen an Facharbeitern ist ein positives politisches Signal, aber wenn Österreich nicht bald eine pro-aktive Strategie in diesem Bereich entwickelt, werden gerade die besten und motiviertesten Beschäftigten dieser Länder bereits von anderen EU-Staaten abgeworben sein." In Österreich ist die Industrie selbst überaus aktiv bei der Qualifizierung von Schlüsselpersonal, wie nicht zuletzt die seit geraumer Zeit tendenziell steigenden Zahlen an Industriehilfskräften zeigen.

In eine völlig falsche Richtung laufe derzeit die aktuelle energie- und klimapolitische Diskussion: "Die Ziele werden immer höher geschraubt, ohne dabei einen realistischen Blick für die technischen und ökonomischen Möglichkeiten zu bewahren", zeigt sich Wolfgang Welser verärgert. Irreale Ziele verunsichern die Investoren und demotivieren - mangels Erreichbarkeit - alle Beteiligten. Zentrale Forderung der Industrie ist, dass hinsichtlich der Festlegung der Post-Kyoto-Ziele und der Ziele für den Einsatz erneuerbarer Energien Vorleistungen anerkannt werden. Wolfgang Welser: "Es kann doch nicht sein, dass Österreich, das hinsichtlich vieler energie- und klimapolitischer Kriterien im Spitzenfeld liegt, zu über-durchschnittlichen Einsparungszielen verdonnert wird." In diesem Zusammenhang kritisiert der Spartenobmann die jüngste Kürzung der CO2-Zuteilung für die österreichischen Emissionshandelsbetriebe durch die Europäische Kommission.

Im Rahmen des Industrieseminars analysierte Felderer die Herausforderungen, denen sich Österreichs Industrie vor dem Hintergrund der Globalisierung gegenüber sieht. Während Unternehmen eine wesentliche Aufgabe in einer globalen Optimierung ihrer Wertschöpfungsketten haben, muss sich die Wirtschaftspolitik auf die im nationalen Einflussbereich gebliebenen Politikfelder - wie Bildungspolitik, Forschungs- und Technologiepolitik oder Infrastrukturpolitik - konzentrieren. Effizienzprobleme ortete Felderer im Bereich der Bildung beim Einsatz der Lehrer an Österreichs Schulen. Defizite gebe es auch bei den naturwissenschaftlichen Studienanfängern: "Hier gibt es einen deutlichen Rückgang und das ist eine mittlere Katastrophe für den Standort Österreich."

Wie eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Industrie, Energiewirtschaft und Klimaschutz funktionieren kann zeigte Dorothea Sulzbacher, Geschäftsführerin der OMV-Tochtergesellschaft OMV Future Energy Fund GmbH.: "Wir haben die Herausforderung Klimaschutz und erneuerbare Energien bereits angenommen." Und dies nicht alleine aufgrund von politisch vorgegebenen Zielen, sondern mit der Absicht, profitable Geschäftsfelder zu erschließen. Das Unternehmen investiert insgesamt 100 Millionen Euro in die Bereiche "Erneuerbare Energien", "Verminderung der Treibhausgase bei Gewinnung fossiler Energie und industriellen Prozessen" sowie "Erhöhung der Energieeffizienz". Dieser Bereich soll zu einer eigenständigen, kommerziell erfolgreichen Säule der Geschäftstätigkeit der OMV werden.

Politische Gestaltungsspielräume am Beispiel der Bildungspolitik zeigte Dr. Michael Landertshammer, Leiter der Abteilung Bildungspolitik in der WKÖ. Wie die PISA-Studien gezeigt haben, liegen die österreichischen Pflichtschulabsolventen hinsichtlich ihrer Leistungen in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften nur im Mittelfeld, wogegen die Ausgaben pro Pflichtschüler in Österreich zu den weltweit höchsten zählen. Eine effiziente Schulverwaltung ("Schulgovernance") macht nicht nur Mittel frei, die besser direkt für den Unterricht eingesetzt werden können - effiziente Schulverwaltung bedeutet auch Anreizstrukturen für LehrerInnen und Schulleitung. Damit kann Österreich beim Zukunftsthema "Bildung" den Rückstand zu den PISA-Top-Performern aufholen.

Als positive wirtschaftspolitische Initiative lobte KommRat Ing. Michael Zimmermann die von der Bundesregierung beschlossene Einrichtung eines Klima- und Energiefonds: "Positiv sehen wir, dass als Ziel des Fonds neben der nachhaltigen Energieversorgung sowie der Reduktion der Treibhausgasemissionen und Unterstützung der Klimastrategie auch ein wichtiger Beitrag zur Erreichung des Barcelona-Ziels, einer 3 % Forschungsquote in Österreich im Jahr 2010, geleistet werden soll." Für die Industrie hat zentrale Bedeutung, dass das zur Verfügung gestellte Budget von insgesamt 500 Millionen Euro zusätzliches Geld sein muss (fresh money) und nicht bloß aus bereits vorhandenen Budgets abgezweigt werden darf. Zudem müssen die Sozialpartner zu den relevanten Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln einbezogen werden. (us)

Rückfragehinweis:

~

Wirtschaftskammer Österreich
Bundessparte Industrie
Dr. Manfred Engelmann
Tel.: (++43) 0590 900-3422
Fax: (++43) 0590 900-273
mailto:bsi@wko.at
<http://wko.at/industrie>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0176 2007-05-11/12:20

111220 Mai 07

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070511_OTS0176